

Entwurf zum European Steel and Metals Action Plan Bewertung der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Gesamtbewertung

- Der **Aktionsplan** soll – aufbauend auf dem von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. März einberufenen Stahldialog – den Clean Industrial Deal und den Action Plan for Affordable Energy um sektorspezifische Maßnahmen ergänzen, die die Stahl- und Metallindustrie entlasten und gleichzeitig die Dekarbonisierung unterstützen sollen. Der Aktionsplan basiert auf sechs Säulen: Sicherstellung reichlich vorhandener und erschwinglicher sauberer Energie; Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen; Förderung und Schutz der europäischen Industriekapazitäten, Förderung der Kreislaufwirtschaft für Metalle, Verteidigung hochwertiger Industriearbeitsplätze und Risikominderung durch Leitmärkte und Investitionsunterstützung.
- Der besondere Wert des Aktionsplans zeigt sich vor allem mit Blick auf die **außenhandelspolitischen Vorschläge**, die sehr zu begrüßen sind. Auf die seit Langem vorgetragenen Forderungen beim CBAM (Exportlösung, Scope-Erweiterung und Verhinderung von Ressource Shuffling), einer Nachfolgelösung Safeguards sowie beim Handelsschutz (Schaffung einer „Melt and Pour“-Regel) ist die Europäische Kommission der Stahlindustrie sehr entgegengekommen und schlägt nun wirksame Maßnahmen vor, die unsere volle Unterstützung finden.
- Die Ankündigungen zu **Energiepreisentlastungen** bewegen sich hingegen im Rahmen des Clean Industrial Deals und Action Plans for Affordable Energy und sind – wie in diesem Zusammenhang bereits analysiert – recht vage und nicht weitreichend genug.
- Bei den **Leitmärkten** sind die wesentlichen Punkte auf einem hohen Abstraktionsniveau erfasst. Leider fehlt die Verbindlichkeit bei den geplanten Labels für grüne Produkte sowie ein Hinweis auf bereits bestehende Labels, wie den in Deutschland entwickelten, mittlerweile europäisch verorteten und weltweit offenen Low Emission Steel Standard (LESS).
- Zur **Kreislaufwirtschaftsanreizung** werden die richtigen Herausforderungen hinsichtlich Aufbereitung und Verfügbarkeit identifiziert und vor konkrete Maßnahmen richtigerweise eine Überprüfung gesetzt. Hinsichtlich des strategisch hoch relevanten Sekundärrohstoffs Stahlschrott fehlt aber das Vorhaben eines konkreten Monitorings.

Ensuring Access to clean and affordable energy for the metals industry

- Die Kommission bestätigt, dass die **Energiepreise** nach wie vor deutlich über dem Niveau der Vergangenheit sind und die Strompreise beim 2 bis 3fachen, die Gaspreise beim 5fachen des US-Niveaus liegen.
- Hinsichtlich möglicher **Maßnahmen** zur Senkung der Energiepreise für energieintensive Grundstoffindustrien verweist sie im Wesentlichen auf die bereits im Clean Industrial Plan und dem Affordable Energy Action Plan angekündigten Initiativen. Diese weisen in die richtige Richtung, sind aber noch vage und nicht weitreichend genug.
- So ist **kein grundlegender Rahmen für einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis** vorgesehen, sondern es soll lediglich das im bestehenden Strommarktdesign angelegte Instrumentarium konkretisiert werden (Differenzverträge in Verbindung mit PPA) – immerhin mit dem neuen Zusatz, dass damit eine übergangsweise Strompreisentlastung verbunden sein soll.

- Ebenfalls bereits angekündigt – und tendenziell auch positiv zu bewerten – sind ein **Pilotprogramm für staatliche Garantien für PPA-Abnahmen** sowie **Leitlinien für Netzentgeltentlastungen** für energieintensive Grundstoffindustrien als Belohnung für Flexibilität. Die empfohlene Ausschöpfung von vorhandenen EU-Spielräumen zur Absenkung von Energiesteuern und Umlagen werden hingegen in Deutschland schon weitgehend umgesetzt.
- Neu und zu begrüßen ist die Ankündigung, dass die EU-Kommission nicht nur die Anwendung der **Strompreiskompensation** in den Mitgliedstaaten ausdrücklich empfiehlt, sondern auch eine Anschlusslösung nach 2030 erarbeiten will. Es soll dabei keine Doppelungen mit anderen Instrumenten gegen Carbon Leakage geben. Leider fehlen weitergehende Commitments. Aus unserer Sicht sollten im Rahmen des Reviews vor allem auch die kontinuierlich stattfindende Abschmelzung der Kompensationshöhe – durch Beihilfehöchstintensität, immer weiter abnehmende Stromverbrauchsbenchmarks sowie beim CO₂-Faktor für Strom – gestoppt werden.
- Beim **Wasserstoff** sind wie bereits im Clean Industrial Plan keine durchgreifenden Veränderungen in Aussicht gestellt. Es wird auf die Umsetzung des vorgesehenen delegierten Rechtsaktes für kohlenstoffarmen Wasserstoff, den dritten Förderaufruf der Europäischen Wasserstoffbank und die europäische Clean Hydrogen-Allianz verwiesen. Eine Lockerung der Grünstromkriterien – die für den Hochlauf eines bezahlbaren Wasserstoffhochlaufs u.E. notwendig wären – findet keine Erwähnung.

Preventing carbon leakage

- Die Schlupflöcher beim **CBAM** (Exporte, Ressource Shuffling und Scope-Erweiterung) werden im Text gut beschrieben und Lösungen angekündigt, die konkrete Ausgestaltung der Lösungsansätze bleibt jedoch noch offen.
- Ein Fortschritt wäre der entgegen den bisherigen Ankündigungen vorgezogene **Zeitplan** zu einer Exportlösung (Kommunikation dazu bereits im zweiten Quartal 2025). Legislativvorschläge zu Anwendungsbereich und Umgehung werden im vierten Quartal angekündigt. Aus Sicht der Stahlindustrie sollte dies bereits im 3. Quartal 2025 geschehen, um den Stahlunternehmen so schnell wie möglich Klarheit über den Rechtsrahmen und Planungssicherheit für ihre Transformationsinvestitionen zu verschaffen.

Promoting and protecting European industrial capacities

Trade defence instruments and other trade measures

- **Post-Safeguard-Tool:** Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Europäische Kommission dazu bekennt, ein Instrument für die 2026 auslaufenden EU-Safeguards schaffen zu wollen, das „ein hochwirksames Schutzniveau bietet“.
- **„Melt and Pour“-Regel für den Warenursprung:** Der Vorschlag der Kommission für handelspolitische Schutzmaßnahmen eine „melt and pour“-Regel an(zu)wenden, um den Ursprung der zollpflichtigen Metallware zu bestimmen" ist sehr zu begrüßen. Dies aus folgendem Grund:
- China fokussiert seine Exporte nicht nur direkt auf den EU-Markt, sondern exportiert auch große Mengen in Drittländer. Das in diesen Drittländern extrem günstig angebotene Material wird dort zunehmend weiterverarbeitet und gelangt dann in großen Mengen auf den EU-Markt. Auch kleine Weiterverarbeitungsschritte genügen, um diesem Material einen „neuen Warenursprung“ zu verleihen und die bestehenden Maßnahmen zu umgehen.
- Eine „Melt and Pour“-Regel würde diese schädliche Entwicklung unmittelbar stoppen. Sie ist zudem rasch umsetzbar und würde an heute schon gängigen Nachweispflichten im Rahmen der Russlandsanktionen andocken (Werkszeugnisse).

- **Aufhebung Lesser-Duty-Rule:** Handelsschutzmaßnahmen vor allem gegen chinesische Exporte verlieren zunehmend ihre Wirkung. Es ist wichtig, dass die Europäische Kommission die Anwendung der LDR überprüfen will. Eine Aussetzung wäre eine äußerst wirksame Maßnahme, die mit dem WTO-Recht vereinbar ist (die LDR ist nicht von der WTO vorgeschrieben). Die Bedingungen für die Aufhebung der LDR gegen China sind allein aufgrund der Verzerrungen des chinesischen Marktes, aber auch wegen bestehender Marktverzerrungen im Eisenerz-Bereich gerechtfertigt.

Promoting circularity for metals

- Die Kommission erkennt die **Rolle des Recyclings und die Bedeutung des Sekundärrohstoffs Stahlschrott** an, und beschreibt auch zutreffend den derzeit steigenden Schrott-Export. Um dem entgegenzuwirken, sollen Anreize durch eine bessere Aufbereitung geschaffen werden.
- Wie schon in verschiedenen Rechtsentwürfen (Ökodesign, Altauto) sollen **Anforderungen an die Recyclingfähigkeit und/oder den Recyclinganteil** geprüft und die Zusammenarbeit in der Wertschöpfung verbessert werden. Wichtig ist aus unserer Sicht jedoch, dass beim Recyclinganteil keine Vorfestlegung stattfindet. Konkrete Vorschläge sollen bis Ende 2026 vorliegen, was wir grundsätzlich begrüßen. Hierbei sollte jedoch auch die ESPR (Ökodesign) eine tragende Rolle spielen.
- Gleichzeitig will die KOM die Möglichkeiten der **Abfallverbringungsverordnung** nutzen und bis Ende Q3/25 ggfs. eine **Handelsmaßnahme** vorschlagen, um eine ausreichende **Schrottverfügbarkeit** in der EU sicherzustellen. Innerhalb des EU-Binnenmarktes soll Schrott dagegen frei zirkulieren können. Diese Maßnahmen finden unsere volle Zustimmung.
- Leider bleibt das Papier hinsichtlich des für Ende 2026 geplanten **Kreislaufwirtschaftsgesetzes** noch unpräzise. Hier begrüßen wir aber, dass die relevanten Stakeholder in die Entwicklung einbezogen werden soll.

De-risking decarbonisation projects through lead markets and public support

Working on lead markets

- **Leitmärkte** sollen für Akzeptanz kohlenstoffarmer Metalle sorgen und Marktstandard werden. Hierbei soll die öffentliche Beschaffung, Subventionen oder regulatorische Anforderungen eine verlässliche Nachfrage für in Europa produzierte kohlenstoffarme Metalle schaffen.
- Abgehoben wird hierzu auf den Clean Industrial Deal und die Einführung von **Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien**. Auch **nicht-preisliche Kriterien** sollen genutzt werden, wie wir dies fordern.
- Die Stahl- und Metallindustrie sowie ihre nachgelagerten Branchen – Automobilindustrie, Baugewerbe, Maschinenbau – werden als Anwendungssektoren bei der Gestaltung von **EU- und nationalen Förderprogrammen** berücksichtigt.
- Hinsichtlich eines zunächst freiwilligen **Labels** für die Kohlenstoffintensität von Industrieprodukten soll auf einer einfachen Methodik mit ETS-Daten und der CBAM-Methodik bzw. auf bestehenden Konzepten der Industrie aufgebaut werden, was nach unserem Verständnis letztlich auf den von uns entwickelten Low Emission Steel Standard (LESS) verweisen sollte, ohne dies explizit zu nennen.
- Parallel werden **Lebenszyklusanalysemethoden** weiterentwickelt, um – in unserem Sinne – langfristig alle Nachhaltigkeitssäulen zu integrieren

Derisking high investment cost projects

- Zu **Förderinstrumenten für Dekarbonisierungsinvestitionen** wird im Wesentlichen auf die Planungen im Rahmen des Clean Industrial Deals hingewiesen: Mit dem gerade zur Konsultation gestellten **Clean Industrial Deal State Aid Framework** sollen Voraussetzungen für staatliche Beihilfen vereinfacht werden.
- Es soll eine **“Industrial Decarbonisation Bank”** mit einem Volumen von 100 Mrd Euro (aus dem Innovationsfonds, weiteren ETS-Einnahmen und aus InvestEU) gegründet werden, sowie – als Pilotauktion – eine Fazilität für die **Unterstützung der Dekarbonisierung industrieller Prozesse** unter dem Innovationsfonds von einer Milliarde Euro.
- Inwieweit es zu konkreten Verbesserungen unter dem neuen Rahmen kommen kann, ist noch unklar, genauso, inwieweit die neuen Programme für Stahl anwendbar und kombinierbar sind. Dazu bedarf es einer weiteren Analyse der konkreten Vorschläge. Gegenwärtig sind etwa die Voraussetzungen für Förderungen industrieller Dekarbonisierungsprojekte im temporären Krisen- und Übergangs-Beihilferahmen zu ambitioniert (z.B. erforderliche CO₂-Reduktion um 40 %, niedrige Beihilfeintensität, Cap von 200 Millionen Euro).
- Wie bereits im Industrial Clean Deal geschehen, wird noch einmal bekräftigt, dass es einen **„Flagschiff-Horizont Europa“**-Aufruf von etwa 600 Mio. Euro im Rahmen des Arbeitsprogramms für 2026 bis 2027 geben soll zur Unterstützung von Projekten kurz vor der Umsetzung – mit Geltung auch für die Stahlindustrie. Zur anstehenden Neuregelung des Rechtsrahmens von **RFCS** für die Zeit nach 2027 ist neu, dass der Vorschlag der Kommission eine Vereinfachung und Beschleunigung von Investitionen in Stahlforschung einschließlich Forschung zu Werkstoffen mit Anwendungen für Verteidigung zum Gegenstand haben soll.

Supporting concrete projects through the Critical Raw Materials Act / Unterstützung konkreter Projekte durch das Kritische-Rohstoffe-Gesetz

- Nickel und andere Stahllegierungselemente werden als **kritische Rohstoffe** gesehen, auf die der Critical Raw Materials Act CRMA abzielt.
- Noch im März 2025 sollen ausgewählte **strategische Projekte**, unter anderem für Nickel starten und der Zugang zu Finanzmitteln für derartige Projekte sichergestellt werden. Auch wird die neue Plattform zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage genannt.
- Eine **Erweiterung** der Regelungen des CRMA auch auf strategische **Sekundärrohstoffe wie Stahlschrott** bzw. ein erweitertes Monitoring hierfür bleibt der Aktionsplan allerdings schuldig.

Working on regulatory simplification

- Da die Stahl- und Metallindustrie zu den am **stärksten regulierten Industriezweigen** in der EU gehören, sollen gravierende Hindernisse aufgelöst werden – auch um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.
- Verwiesen wird hier auf die **Omnibus-Pakete** mit Vereinfachungsmaßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung von EU-Vorschriften, deren Wirkung wir bisher aber noch als mäßig bewerten.